

Kompromiss des Kompromisses

Mehrmals stand der kantonale Berufsbildungsfonds auf der Kippe. Mit einem weiteren Kompromissvorschlag hat die CVP dem umstrittenen Vehikel zur Lehrstellenförderung zum Durchbruch verholfen. Jetzt kann das Volk entscheiden.

ZÜRICH – In der ersten Dezemberwoche des letzten Jahres war im Kantonsparlament noch niemand in Weihnachtsstimmung. Sogar jene, die im Prinzip für den Berufsbildungsfonds waren, schenkten sich nichts. Und weil sich SP und Grüne nicht mit den Mitteparteien einigen konnten, scheiterte der Fonds – zur hellen Freude von SVP und FDP, die von Anfang an nichts vom Fonds wissen wollten.

Die Linke wollte, dass alle Betriebe einzahlen müssen. Danach sollten jene Betriebe, die Lehrlinge ausbilden, auf die eine oder andere Weise wieder profitieren, die anderen leer ausgehen. Wichtig war den Antriebern wie Ralf Margreiter (Grüne, Oberrieden) oder Susanna Rusca (SP, Zürich), dass dem Fonds kein Strafcharakter zukommt und der Verwaltungsapparat nicht aufgebläht wird. Denn um zu eruieren, welche der 60000–70000 Zürcher Firmen Lehrlinge ausbilden und welche nicht, braucht es einen erheblichen administrativen Aufwand. Die CVP wollte, dass alle Lehrbetriebe vom Fondsbeitrag befreit werden, fand aber keine Anhänger für diese Idee. EVP, EDU und GLP beharrten auf den Zusatz «in angemessener Anzahl zur Betriebsgrösse», worauf die CVP ihren Vorschlag zurückzog. Doch auch der letzte Vorschlag war im Parlament

chancenlos, weil SP und Grüne bei ihrem Modell blieben.

Gestern obsiegte plötzlich der alte CVP-Vorschlag, der per Rückkommensantrag wieder ins Spiel gebracht worden war. Mit 88 zu 81 Stimmen obsiegten SP, Grüne, CVP, GLP, EVP und AL gegen SVP, FDP und EDU., das Gesetz passierte den Rat mit 87 zu 80 Stimmen. Der Sieg von Mitte-links beruht auf einer bedeutend besseren Präsenz auf dieser Seite des Ratssaals, denn eigentlich bringen beide Lager gleich viele Stimmen auf die Waage.

Der Fonds hat eine Achterbahnfahrt hinter sich. 2005 wurde er knapp vom Kantonsrat verworfen, weshalb ihn die Regierung, die sich für den Fonds ausgesprochen hat, nicht ins neue Gesetz aufnahm. Die Bildungskommission packte ihn – abermals nach einem knappen Entscheid – wieder rein, das Plenum kippte ihn wieder raus. Und nahm ihn gestern wieder rein.

Lucius Dürr (CVP, Zürich) sprach von einem verhältnismässigen Beitrag der Nicht-Ausbildungs-Firmen (maximal 1 Promille der Lohnsumme). Es geht ihm um «Trittbrettfahrer» vor allem aus neueren Branchen, die den Lehrbetrieben die Jungen mit höheren Löhnen abwerben. «Manchmal muss Solidarität erzwungen werden», sagte Dürr. SP und Grüne stellten sich nun

voll hinter die neue Variante, während SVP und FDP bei ihrem Nein blieben und die CVP scharf angriffen, weil sie Links-Grün zum Sieg verhalfen. Brigitta Johner (FDP, Urdorf) befürchtet, dass sich Betriebe nun «freikauften» werden, das Wort «Ablasshandel» fiel. Martin Arnold (SVP, Ober-

rieden) befürchtet einen grossen Umverteilungsapparat und kündete das Kantonsratsreferendum an, für das 45 Unterschriften aus dem Parlament nötig sind – kein Problem für die rechte Ratsseite. Das Gesetz kommt nun – in Varianten mit und ohne Fonds – vors Stimmvolk. IPASCAL UNTERNÄHRER



Im Kanton Zürich finden jährlich rund 1000 Schulabgänger keine Lehrstelle. Ob der neue Lehrstellenfonds Abhilfe schafft, ist heftig umstritten. Bild: key

Fonds in der Romandie populär

LAUSANNE – In der Westschweiz gibt es ausser in der Waadt in allen Kantonen Berufsbildungsfonds. «Dieser Fonds hilft, Lehrstellen zu erhalten», sagte Jean-Marie Rotzer, Verwalter des Neuenburger Fonds. Ob mit dem Instrument auch neue Lehrstellen geschaffen würden, sei schwer nachweisbar. Für eine neue Lehrstelle brauche es mehr als Geld aus dem Fonds, so Rotzer. In Neuenburg erhalten die Betriebe pro Lehrling und Jahr 150 Franken. Der Fonds subventioniert zudem die obligatorischen überbetrieblichen Kurse, welche die Lehrkräfte zu besuchen haben. Von den 2,7 Millionen

Franken im Fonds gehen 2 Millionen direkt oder indirekt an die Arbeitgeber zurück. 470000 Franken werden für Weiterbildung direkt den Antragstellenden ausbezahlt. Mit dem Rest werden die administrativen Kosten gedeckt. Pro Angestellten müssen die Neuenburger Firmen 35 Franken in den Fonds bezahlen. Im Wallis sind es 0,8 Promille des Lohnvolumens. Ein System, das Rotzer für sinnvoller hält. Im Kanton Jura wurde der Fonds 2006 eingeführt. In der Waadt ist das entsprechende Gesetz in der Vernehmlassung. Der Kanton Genf kennt das Instrument schon seit 15 Jahren. (sda)

Komitee für Polizeigesetz

Bürgerliche Politiker werben für ein Ja zum neuen Polizeigesetz. Es bringe mehr Rechtssicherheit und Transparenz, sagen sie.

ZÜRICH – Der Kanton Zürich besitzt bis heute kein Gesetz, das die Arbeit der Polizisten genau regelt. Als rechtliches Fundament dienen bloss die sogenannte «polizeiliche Generalklausel» und Dienstbefehle. Für FDP-Kantonsrat Thomas Vogel (Illnau-Effretikon) ist das ein «rechtsstaatlich fragwürdiger» Zustand. «Ausgerechnet dort, wo der Staat in elementare Grundrechte eingreifen kann, fehlt ein formelles Gesetz», sagte er gestern.

Das neue Polizeigesetz soll diesen Zustand beenden. Der Kantonsrat hat es mit 123 zu 25 Stimmen angenommen. Grüne, die Jungsozialisten, die Jungen Grünen und linke Gruppierungen haben das Referendum ergriffen. Das Gesetz kommt deshalb am 24. Februar an die Urne. Für Vogel ist der Widerstand unverständlich: «Gerade wer der Polizei gegenüber kritisch eingestellt ist, sollte diesem Gesetz zustimmen», sagte er an der Medienkonferenz des Komitees «Pro Polizeigesetz». Im Komitee sitzen je zwei Vertreter aus FDP, SVP, CVP, GLP, EVP und EDU. Die Gruppe könnte noch Zuwachs erhalten. Laut Vogel haben auch SP-Kantonsräte um Aufnahme

gebeten. Er wollte aber nicht preisgeben, um welche es sich handelt.

Die Botschaft der Befürworter: Das Polizeigesetz schafft Rechtssicherheit und Transparenz. Zum Beispiel bei der Personenkontrolle. Sie wurde bis anhin in einem der Öffentlichkeit unzugänglichen Dienstreglement geregelt, sagte Dieter Kläy (FDP, Winterthur). «Neu werden sich die Bürger auf ein Gesetz berufen können.» Das Gesetz verpflichtet kontrollierte Personen, Angaben zu sich selbst zu machen und einen Ausweis zu zeigen. Daraus eine Ausweistragpflicht abzuleiten, wie dies die Gegner tun, sei aber falsch, sagte Kläy.

Thomas Ziegler (EVP, Elgg) ging auf die Kritik an der Regelung von Hausdurchsuchungen ein. Die Gegner monieren, dass hierfür kein Durchsuchungsbefehl nötig ist. In Zieglers Augen übersehen sie die besondere Situation, in denen die Polizei ein Haus durchsucht. Sie dürfe dies nämlich nur in dringlichen Fällen, sagte er. (flu)



«Gerade wer polizeikritisch ist, sollte dieses Gesetz annehmen»

Thomas Vogel, FDP

Zürcher Gehörlosenzentrum wird verselbstständigt

ZÜRICH – Das Zentrum für Gehör und Sprache wird aus der Verwaltung ausgegliedert. Dieser Schritt war im Kantonsrat gestern unbestritten. Nur die Zusammensetzung des Führungsorgans des Zentrums gab zu reden. Mit 99 zu 75 Stimmen stimmte das Parlament einem Grünen-Antrag zu, wonach im neuen Gesetz festgehalten wird, dass eines der sieben Mitglieder hör- oder schwer sprachbehindert ist.

Das bisherige Zentrum für gehörlose und schwerhörige Kinder ist das einzige von 75 Kinder-, Schul- und Jugendheimen, das vom Kanton geführt wird. Betreut werden 450 Kinder und Jugendliche. Mit der Umwandlung in eine öffentlich-rechtliche Anstalt soll die Einrichtung mehr unternehmerische Verantwortung und Freiheit erhalten sowie Verwaltungsabläufe vereinfachen können. Am Bildungsauf-

trag und den Anstellungsbedingungen des Personals ändert sich nichts.

Eine Dolmetscherin übersetzte die gestrige Debatte für interessierte Betroffene auf der Rathaustribüne in Gebärdensprache. Wegen des hohen Lärmpegels und trotz Ermahnungen durch die Ratspräsidentin musste sie ihre Übersetzung mehrmals unterbrechen, weil sie die Votanten nicht mehr hören konnte. (sda/pu)

Energie von Lärmschutzwänden

ZÜRICH – Das Kantonsparlament befürwortet Fotovoltaikpanels auf Lärmschutzwänden entlang von Strassen und Bahnlagen. Es verlangt vom Regierungsrat Richtlinien für solche Solaranlagen. Ein entsprechendes Dringliches Postulat von Grünen, SP und EVP ist gestern mit 91 zu 76 Stimmen definitiv an die Regierung überwiesen worden. Der Einsatz der Fotovoltaikanlagen ist gemäss den drei Postulanten «ein konstruktiver Beitrag zur Realisierung der 2000-Watt-Gesellschaft». Die sinnvolle Nutzung von Lärmschutzwänden sei auch wirtschaftlich klug, sagte Sabine Ziegler (SP, Zürich). Der Aufwand lohne sich. Es gibt gemäss Lisette Müller (EVP, Knouau) langjährige Erfahrungen, die zeigen, dass das System funktioniert. Die Unterhaltskosten seien gering. Willy Germann (CVP, Winterthur) hält die Regierung, die sich gegen den

Vorstoss sträubt, für «mutlos», ergebe sich doch in diesem Fall eine unkomplizierte Synergie zwischen Lärmschutz und der Gewinnung von erneuerbarer Energie.

Die Freisinnigen kippen

Die meisten Lärmschutzwände seien im Besitz des Bundes, sagten wiederum Vertreter von SVP und FDP. Die Richtlinien dazu müssten deshalb von Bundesstellen erstellt werden, so Ruedi Menzi (SVP, Rüti). Der Unterhalt sei wegen Salz, Säuren und Vandalen ein Problem. Ähnlich äusserte sich Antoine Berger (Kilchberg) von der FDP, die den Vorstoss im alten Jahr noch unterstützt hatte. Auch Regierungsrätin Rita Fuhrer (SVP) hielt es für mässig, ohne Kompetenzen über Richtlinien zu diskutieren. Willensäusserungen seien allenfalls angebracht, aber keine Regelwerke. (sda/pu)

Frauen verdienen 23 Prozent weniger

ZÜRICH – Mit dem Slogan «Frauen verdienen 23 Prozent weniger als Männer. Wehren Sie sich!» will die Zürcher Frauenzentrale gezielt Frauen ansprechen. Gestern Montag ist eine entsprechende Plakat- und Tramaktion gestartet worden. Die Aktion fordere die Frauen auf, auch einen persönlichen Beitrag gegen die Lohnungleichheit zu leisten, heisst es in einer Mitteilung der Zürcher Frauenzentrale. Dazu biete die Frauenzentrale Unterstützung mit spezifischer Rechtsberatung, spezieller Weiterbildung und Informationen auf ihrer Website. Gemäss Frauenzentrale verdient eine Frau in der Privatwirtschaft im Kanton Zürich durchschnittlich 23 Prozent weniger als ein Mann. Dies mache pro Jahr etwa 18000 Franken aus. Erklären lasse sich zwar ein Teil des Lohnunterschiedes durch unterschiedliche Ausbildung, Stellenanforderung und Branche. 40 Prozent der Differenz könnten jedoch nicht begründet werden und seien deshalb diskriminierend, argumentiert die Frauenzentrale. (sda)

AUSSERDEM IM RAT

Neuer Handelsrichter

Erich Just aus Wiesendangen ist als neues Mitglied des Handelsgerichts (6. Kammer) für den zurückgetretenen Luzius Schöb gewählt worden.

Einzelinitiative chancenlos

Eine Einzelinitiative eines Zürcher Stimmbürgers zur Modernisierung der Universitätsgesetzgebung wurde von keinem einzigen Kantonsratsmitglied vorläufig unterstützt. Manche lobten diverse Ansätze, vertraten aber die Meinung, dass die Einheit der Materie nicht gegeben sei.

Gesetze angepasst

Das Patientengesetz ist mit 143 zu 0 Stimmen ans neue Transplantationsgesetz des Bundes angepasst worden. Weiter sind die Gesetze fürs Unispital sowie fürs Kantonsspital Winterthur widerstandslos ans neue Honorargesetz angepasst worden.

Neue Schulbaurichtlinien

Diskussionslos ist ein Postulat zur Anpassung der Schulbaurichtlinien an das «Schulhaus der Zukunft» abgeschrieben worden. (sda/pu)

Buslinie durch den Üetlibergtunnel

ZÜRICH – Durch den Üetlibergtunnel, der 2009 eröffnet wird, soll ein Schnellbus für eine ÖV-Verbindung zwischen dem Knouaueramt und Zürich Süd sorgen. Der Kantonsrat hat der Dringlichkeit eines entsprechenden Postulats gestern mit 88 Stimmen von SP, Grünen, CVP, GLP, EVP, EDU und AL zugestimmt (60 waren nötig). Sie argumentierten, dass die Motivation für die Säuliämtler, bei der Tunnelöffnung auf den öffentlichen Verkehr umzusteigen, gering sein wird, wenn die Autofahrt verkürzt, aber kein Bus angeboten wird. Dass keine ÖV-Verbindung vorgesehen ist, sei in Zeiten des Klimawandels ein Skandal, sagte ein CVP-Sprecher. SVP und FDP argumentierten hingegen, dass der Regierungsrat der falsche Adressat sei. Zuständig sei der Verkehrsrat. (pu)